

2 FINANZ- UND KIRCHENDIREKTION (FKD)

Generelle Absichtserklärung

Die Aktivitäten der Finanz- und Kirchendirektion werden hauptsächlich darauf ausgerichtet sein, in der Staatsrechnung ein strukturelles Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. Daneben wird es ihre Hauptaufgabe sein, die notwendigen Instrumente für eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung bereit zu stellen bzw. zu optimieren.

Programmpunkt Nr. 2.01

Finanz- und Rechnungswesen

Übersicht

Abschluss der Einführung der Client Server-gestützten Rechnungswesen-Architektur. Weiterführen und Verbreiten der Verwaltungsreform (WoV).

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Verbesserung der Abläufe aus finanzrechtlicher Optik in der Haushaltsführung	2.01.02	Schulung zur Verbesserung des Umgangs mit der Buchhaltungssoftware Erarbeitung eines Konzeptes betr. Rechnungslegung und Weiterentwicklung des Buschor-Modells Umsetzung des Konzepts zur Optimierung der Betriebsrechnung Bedarfsweise Einführung der Anlagebuchhaltung Weiterentwicklung der Archivierung der Rechnungsdaten (Pilotprojekt optische Archivierung von Eingangsrechnungen)	Im Bereich Finanzbuchhaltung wurden zwei Einführungskurse für neu eingetretene Mitarbeitende, sowie fünf Workshops für das Berichtswesen durchgeführt. Auf gesamtschweizerischer Ebene wurde ein Projekt zur Überarbeitung des Buschor-Modells gestartet. Die Ergebnisse aus diesen Arbeiten, welche nicht vor 2006 erwartet werden können, sollen abgewartet werden. Ein erster Entwurf eines Konzepts zur Optimierung der Betriebsrechnung liegt vor. Die Einführung der Anlagebuchhaltung befindet sich erst in der konzeptionellen Phase. Mit Vertretern der BUD und dem Softwareanbieter Wilken (CS2) wurde die Anlagebuchhaltung beurteilt. Sofern die beschlossene Plafonierung der Informatikausgaben keine Auswirkungen auf dieses Projekt hat, nimmt ein Pilot 2004 den Betrieb auf. Nach diversen Anpassungen können zur Archivierung der Jahresabschlüsse die ersten Tests durchgeführt, sowie Masken, Abfragen etc. erstellt werden. Das Scanning der Fremdbelege im Rechnungswesen wird erst nach definitivem Abschluss des Teils "Archivierung Jahresabschlüsse" an die Hand genommen.

		LRV 1995/83 betr. Einführung Neues Rechnungswesen Verpflichtungskredit: Fr. 8'500'000 Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 5'756'213 Budget 2002: Fr. - Budget 2003: Fr. 300'000	
Intensivierung der Anwendung der Leistungsaufträge	2.01.03	Prüfung einer stufengerechten Ausgestaltung der Leistungsaufträge (Leistungsebene Verwaltung / Wirkungsebene Parlament). (vgl. FKD 2.11)	Wird in Zusammenarbeit mit der landrätlichen Spezialkommission "Parlament und Verwaltung" bearbeitet.
		LRV 1996 / 205 betr. Pilotversuch mit Leistungsaufträgen. In den nachfolgenden Jahren wurde dem Landrat zusammen mit dem Budget jeweils eine Liste jener Dienststellen, die einen Leistungsauftrag erhalten haben, vorgelegt und die Ermächtigung zur Kreditverschiebung erlangt.	Alle Dienststellen haben einen Leistungsauftrag.
Breite Anwendung des Projektcontrollings	2.01.04	Anreicherung des Ausbildungsprogramms mit Projektcontrollingkursen	Die ursprünglich vorgesehene Integration des Projektcontrollings in die WoV-Kurse wurde als nicht sinnvoll erachtet. Das Projektcontrolling wird nun in separaten Kursen angeboten.

Programmpunkt Nr. 2.02

Steuern

Übersicht

Das übergeordnete Ziel für den Bereich Steuern ist die Konsolidierung und Integration der einjährigen Veranlagung in die betrieblichen Abläufe, so dass auch in den kommenden Jahren die qualitativen und quantitativen Vorgaben erreicht werden können. Zu diesem Zweck müssen das Qualitätsmanagement, die Kommunikation mit den Kunden und die technische Unterstützung der Veranlagung weiter verbessert werden. Ein Schwergewicht des Programmes 2003 bildet die erste Projektphase der beantragten Ablösung der Host-Programme durch ein integriertes EDV-System, das alle Steuerarten abdeckt.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Weiterführung der Aktualisierung der kantonalen Steuergesetzgebung	2.02.02	Umsetzung der Steuergesetzrevision 2002 (<i>vorbehältlich der Zustimmung des Volkes, Vorlage Nr. 2002 / 085</i>) Vorbereitung einer Vorlage für die Revision der Familienbesteuerung	Die Vorlage zur Steuergesetzrevision 2002 hat das Volk abgelehnt. Die Wohneigentumsförderungs-Initiative und die Wohnkostengleichbehandlungs-Initiative wurden mit hoher Priorität bearbeitet und konnten bereits am 19. 10. 2003 dem Souverän vorgelegt werden; dieser hat die Initiativen angenommen. Aufgrund der Entwicklung der Bundesgesetzgebung werden die Vorarbeiten für die Revision der Familienbesteuerung erst im Jahr 2004 in Angriff genommen. Ein Zeitplan dazu liegt vor.

Umsetzung der einjährigen Veranlagungsperiode in der kantonalen Steuerverwaltung und in den Gemeindesteuerämtern	2.02.04	Call Center: Verbesserung und Ausbau des Betriebes <i>Das Call Center soll als Anlaufstelle für die gesamte Steuerverwaltung eingesetzt werden und zusätzliche Dienstleistungen übernehmen (Formularversand, E-Mail etc.). Ziele: Verbesserung der Erreichbarkeit, Reduktion der erfolglosen Anrufe (number of calls abandoned) ist nicht grösser als entsprechende Vergleichszahlen der Privatwirtschaft.</i>	Die Erreichbarkeit konnte mit den eingeleiteten Massnahmen erheblich verbessert werden und ist jetzt im Rahmen der gesetzten Ziele. Der Anteil der erfolglosen Anrufe hat sich im Vergleich zum Jahr 2002 halbiert. Die Organisation für das Call Center als Anlaufstelle der ganzen Steuerverwaltung ist erstellt. Die Umsetzung erfolgt im 1. Quartal 2004.
	2.02.06	Optimierung des Teilsystems «Automation»: Anpassung des Regelwerkes an die Vorperiode 2001, damit Verbesserung und Verfeinerung der Regeln und weiter verbesserte Veranlagungsunterstützung. <i>(Quantitative Ziele werden nach Durchführung einer ersten Auswertung mit der Veranlagung 2001B festgelegt).</i>	Das Teilsystem "Automation" hat die Umsetzung der einjährigen Veranlagung wirksam unterstützt. Die regelmässigen Vergleiche des Veranlagungsstandes zeigen für unseren Kanton wiederholt ein sehr vorteilhaftes Bild. Mit diesem Projekt konnten sowohl beim Arbeitsablauf als auch bei der Anzahl Veranlagungen pro Zeiteinheit Verbesserungen erzielt werden.
	2.02.07	Beantragung und Umsetzung von Massnahmen aufgrund der Erfahrungen mit der Veranlagung 2001B. Vertiefung der Ausbildung aufgrund der Auswertungen der Qualitätskontrolle. Überprüfung und evtl. Anpassung des Personaleinsatzes in den Veranlagungsabteilungen.	Mit dem Abschluss der Veranlagungsperiode 2003 ist die einjährige Veranlagung umgesetzt. Die Fachausbildung der Mitarbeitenden der Gemeindesteuerämter und der Steuerverwaltung wurde intensiviert und verbessert. Die Ausbildung für das Jahr 2004 ist geplant und ein entsprechendes Programm liegt vor. Trotz erheblichen Produktivitätssteigerungen bei den Unselbständig-erwerbenden (Veranlagung und Einsprachen: + 50 %) mussten die Abteilung Dienste und die Veranlagung personell verstärkt werden. In den Bereichen Verrechnungssteuer, Einsprachen und Nach- und Strafsteuer reichen die personellen Kapazitäten zur Bewältigung des mit der einjährigen Veranlagung stark zugenommenen Arbeitsanfalls noch nicht aus.
Neue Informatikanwendungen für die kantonale Steuerverwaltung	2.02.08	Beginn der Realisation des Projektes «Census» <i>Zielsetzungen 2003 gemäss separatem Projektplan</i>	Das Projekt verläuft sowohl bezüglich Arbeitsfortschritt als auch finanziell nach Plan (separate Berichterstattung an die Finanzkommission, Finanzkontrolle und den Projektsteueringausschuss).
		LRV 2002/153 betr. Realisation des Projekts «Census» Verpflichtungskredit: Fr. 11'300'000 Budget 2003: Fr. 3'500'000	
Verbesserung bei der Behandlung von Einsprachen	2.02.12 (neu)	Bessere Triage, vermehrte Standardisierung, Erledigung von Routinefällen durch die Veranlagungsmitarbeitenden <i>Ziel: Verkürzung der Bearbeitungsdauer</i>	Durch die erfolgreiche Umsetzung der beschriebenen Massnahmen und den vermehrten Einbezug der Veranlagungsmitarbeitenden - auch der Gemeindesteuerämter

			- konnte die Zahl der erledigten Einsprachen bei gleichem Personalbestand um 50 % erhöht werden. Dies reicht jedoch nicht aus, um die Einsprachen, deren Anzahl im Vergleich zur zweijährigen Veranlagungsperiode um ca. 70 % pro Jahr zugenommen hat, zeitgerecht zu erledigen und gleichzeitig die Betreuung und Ausbildung der Mitarbeitenden der Gemeinden sicherzustellen
--	--	--	--

Programmpunkt Nr. 2.03

Gemeinden / Asylwesen

Übersicht

Weitere Verbesserung und Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Steuerbereich.

Im Asylbereich steht mit der Koordinationsstelle für Asylbewerber eine flexible Organisation zur Verfügung, welche fähig ist, kurzfristig steigende Asylgesuche speditiv und korrekt zu verarbeiten. Der Zuteilung und Einsetzung der Mittel kommt vermehrt eine hohe Bedeutung zu. Das bestehende Controllingsystem wird laufend verfeinert. Die rasche und gezielte Information der Behörden und der Bevölkerung wie auch die Evaluation und Sicherstellung von Asylunterkünften hat dabei absolute Priorität.

Die vom Landrat (*und Volk*) beschlossene Gesetzesrevision des Finanzausgleichs muss umgesetzt werden.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Steuern Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	2.03.01	Verhandlung der neuen Veranlagungsentschädigung aufgrund der Erfahrungen mit der Veranlagung 2001B. Information der Gemeindesteuerämter und Vorbereitung der Schulung im Hinblick auf die geplante Einführung der integrierten Steuersoftware NEST und des gemeinsamen Steuerbezugs. Diskussion und Festlegung von Anpassungen der Aufgabenteilung bei der Bearbeitung der Einsprachen (vgl. FKD 2.02.12) Aufbau eines Intranets unter Einbezug der Gemeindesteuerämter zur weiteren Verbesserung der Beratung und Unterstützung der Veranlagungsmitarbeitenden.	Ist im November 2003 erledigt worden. Die Information erfolgte mit zwei Ausgaben der "Census-Zytig", zwei Informationsbriefen an die Gemeindeverwaltungen und an einer Tagung mit den Leitungen der Gemeindesteuerämter. Vgl. FKD 2.02.12 Der Zugriff auf das Intranet der Steuerverwaltung wäre für alle selbstveranlagenden Gemeinden nur mit hohem Aufwand realisierbar, weshalb Alternativen überprüft werden.
Finanzausgleich Sicherstellung der Finanzausstattung der Gemeinden	2.03.04	Umsetzung der Revision des Finanzausgleichs	Das Finanzausgleichsgesetz ist per 1. 8. 2003 in Kraft getreten. Die technische Umsetzung ging ohne Probleme vor sich.

Asylwesen Organisation und Koordination des Asylwesens und Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Personen im Bereich Asylrecht/Flüchtlinge	2.03.05	Fachgerechte Beratung der Gemeinden und der Betroffenen und Sicherstellen des Informationsflusses zwischen Bund, Kanton und Gemeinden	Grundlage der Zusammenarbeit bilden das "Handbuch Asyl" (steht im Internet zur Verfügung) und die Kantonale Asylverordnung. Die Haupttätigkeit im "schulischen Bereich" bestand aufgrund entsprechender Bedürfnisse in speziellen Einzelschulungen in den Gemeinden. Als Einführung oder "brush up" wurde zusätzlich eine Gesamtveranstaltung für Behördenmitglieder durchgeführt.
	2.03.06	Überwachung der Kosten und Vergütungssätze des Bundes. Steuerung der Finanzierung im Kanton und in den Gemeinden	Mit allen Gemeinden wurden Quartalsabrechnungen erstellt. Das System ermöglicht jederzeit die Übersicht über die finanziellen Verpflichtungen. Jeweils Mitte des Vorjahres stellt sich heraus, ob die Tarifstruktur angepasst werden muss, was für 2004 wiederum nicht der Fall ist. Mittels Überprüfungen in den Gemeinden wird die Einhaltung der entsprechenden Grundlagen sichergestellt.
Neues Durchgangszentrum Baselland	2.03.08 (neu)	Evaluierung eines neuen Standortes mit dem Ziel der Inbetriebnahme bis spätestens im Jahre 2004	Nach dem positiven Grundsatzentscheid des Einwohner-rates Pratteln konnte die Evaluierung eines neuen Standortes in Zusammenarbeit mit den Behörden planmässig vorangetrieben werden. Der Regierungsrat hat im Februar 2003 die BUD mit der Projektierung beauftragt und die Baukreditvorlage an den Landrat überwiesen (LRV 2003 / 177). In Pratteln wurde nach einer Informationsveranstaltung für die Bevölkerung das Mitwirkungsverfahren eröffnet. Der Einwohnerrat Pratteln wird das Geschäft im 1. Quartal 2004 behandeln.

Programmpunkt Nr. 2.04

Statistik

Übersicht

Für die geordnete Führung der notwendigen kantonalen und anderen Statistiken werden die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Die Führungsinstrumente des Regierungsrates werden mit einer einheitlichen Personalstatistik und dem Aufbau einer Sozialhilfestatistik verbessert. Für den Wirtschaftsbericht 2003 wird eine neuen Datengrundlage mit dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt erarbeitet.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Volkszählung 2000	2.04.01	Bereitstellung und Veröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse der Volkszählung 2000 für den Kanton und teilweise für die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz.	Die wichtigsten Ergebnisse sind im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht. Weiter stehen Daten für den Wirtschaftsraum Nordwestschweiz in der Publikation "Nordwestschweiz, Zahlen, Daten, Fakten" zur Verfügung. Die Gemeinden werden mit einem Flyer bedient, sobald die letzten Ergebnisse des Bundes vorliegen.
Geordnete Führung der kantonalen und Bundesstatistiken	2.04.02	Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen. Vorlage an den Landrat	Der Entwurf zu einem kantonalen Statistikgesetz liegt vor und wird für die Vernehmlassung vorbereitet.
Verbesserung der Datengrundlage in den Gemeinden	2.04.03	Förderung der Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden durch die Einführung einheitlicher Standards.	Mit der Revision der Bevölkerungsstatistik wurde eine für alle Gemeinden gültige Datenschnittstelle geschaffen. Es besteht ein verbreitetes Bedürfnis für den elektronischen Datenaustausch. Eine von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe klärt die Voraussetzungen für die Schaffung einer kantonalen Personendatenbank ab.
Konzeption einer kantonalen Gebäudedatenbank	2.04.05 (neu)	Konzipierung einer Gebäudedatenbank im Rahmen des kantonalen GIS-Projektes und des eidg. Gebäude- und Wohnungsregister. <i>Ziel ist die Vereinfachung des Datenaustauschs für die Gemeinden und den Kanton.</i>	Der Regierungsrat hat der Schaffung einer zentralen Gebäudedatenbank zugestimmt. Die regelmässige Nachführung der Gebäudedaten erfolgt ab zweitem Halbjahr 2004.

Programmpunkt Nr. 2.05

Personalwesen

Übersicht

Schwerpunkt ist die Konsolidierung der Umsetzung der Personalrechtsreform und Umsetzung der Ziele der WoV mit Hilfe eines aussagekräftigen Personal-Controllings. Ein unternehmerisches, neu konzipiertes Mitarbeiter/innen-Gespräch wird bei allen Dienststellen (mit Ausnahme für die Lehrpersonen) sukzessive eingeführt.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Personalrecht Aufbau eines aussagekräftigen Personalcontrollings	2.05.01	Bereitstellen und Nutzen der erforderlichen Kennzahlen Koordination mit den Erhebungen des Bundes (Bildungsstatistik, Gesundheitsstatistik) Permanente Lohnvergleiche Aufbau Forum «Recht» Präventive Schulungen mit Schwergewicht Mitarbeitende der Gemeinden	Der Aufbau ist seit Mitte Jahr eingeleitet. Im Bereich Spitäler sind die Arbeiten soweit als möglich abgeschlossen. Die Realisierung der Schnittstelle für die Daten der Verwaltung und Schulen hat sich verzögert und wird im Laufe des Jahres 2004 vorgenommen. Lohnvergleiche wurden mit den Nachbarkantonen und der Privatwirtschaft durchgeführt. Der Aufbau eines Forums "Recht" kam wegen mangelnder Personalressourcen im PA (Wechsel im Bereich Personalrecht) nicht zustande. Die Schulungen wurden entsprechend der Publikation im Kursprogramm durchgeführt (2 Kurse für Mitarbeitende der Gemeinden).
Lohnwesen Einheitliche Leistungshonorierung	2.05.01	Umsetzen und Kontrolle der Richtlinien (Promotions-system; ES-Anhaltung und/oder Beschleunigung; Prämien) Pflege des Systems zur Leistungshonorierung Lohncontrolling (interne Lohnvergleiche)	Die Richtlinien wurden publiziert und als Pilotversuch zusammen mit den Mitgliedern der Konferenz der Generalsekretäre umgesetzt. do. Interne Lohnvergleiche wurden wie vorgesehen punktuell durchgeführt.
	2.05.02	Publikation «Leitlinien Personalpolitik»; Verabschiedung durch RR oder FKD	Aufgrund der posteriorisiert und priorisiert durchgeführten Geschäftsbearbeitung konnte dieses Geschäft nicht erledigt werden.
Personalentwicklung Konsolidieren des einheitlichen Mitarbeiter/innen-Gespräches (MAG)	2.05.02	Umsetzung des teilrevidierten MAG bei den Anstellungsbehörden Schulung des teilrevidierten MAG in Verbindung mit WoV (Zielvereinbarung, Controlling Zielerreichung) Aufbau eines Controllings über die periodische Durchführung des MAG mittels HR-Access-Tool	Die Umsetzung ist erfolgt. Die Schulung ist erfolgt. Konnte bis anhin aufgrund anderer Prioritäten nicht realisiert werden.
Personalmarketing	2.05.02	Nutzung des HR-Access bei der Koordination der Personalanforderung und der Bewerberverwaltung Nutzung des E-Books bei der einheitlichen Koordination der Inserategestaltung in der kantonalen Verwaltung Inhalte der Inserate der Spitäler koordinieren Flächendeckende Anwendung des Austrittsgespräches / Auswertungsblatt bei allen Anstellungsbehörden, inkl. Gerichte und Spitäler	Die Gesamtauswertung hängt von der Realisierung der Datenschnittstelle (vgl. Punkt 2.05.01) ab. Nicht erfolgt, da die Administration des Inseratewesens gesamthaft einer Prüfung unterzogen wird. Die Publikation des Fragebogens ist erfolgt. Die Auswertungen erfolgten laufend. Das IT – Tool konnte erfolgreich eingeführt werden.

Optimale Abwicklung des zentralen Personalwesens	2.05.05	Prüfung der Einführung weiterer Module des HR-Access, Ausbildungsverwaltung und Presento Umsetzen des Release-Wechsels für die Personal- und Lohnadministrations-Software im Zusammenhang mit der Revision der Statuten der BLPK. Prozessoptimierung und Schulung mit den dezentralen Personalverantwortlichen. Weitere Optimierung der Controllingprozesse	Die Anforderungen für einen Stellenplan und weitere Controllinginstrumente werden im Rahmen des sich in Erarbeitung befindenden Personalcontrolling-Konzepts überarbeitet. Die Statutenrevision der BLPK hat sich um ein Jahr verschoben. Mittels Publikation des Personalhandbuches (in Form einer CD), das umfassend über die Anwendung des Personalrechts Auskunft gibt, konnte diese Massnahme erfüllt werden. Der Aufbau des qualitativen Personalcontrollings wurde Mitte 2003 an die Hand genommen.
Weiterentwicklung des Ausbildungscontrollings	2.05.16 (neu)	Konzipieren eines neuen Feedbackbogens Controlling und Auswertung der Rückmeldungen von Teilnehmenden, Referentinnen und Referenten und Vorgesetzten	Die Fragebogen sind erstellt und erfolgreich eingeführt. Erfolgt.
Umsetzung neues Konzept Führungsseminare 1 + 2	2.05.17 (neu)	Umsetzung des neuen Konzeptes; ergänzende Kursangebote für Führungskräfte im Fachbereich WoV (Schulung und Instruktion der Referentinnen und Referenten unter Beizug der WoV-Projektleitung; Einführen des neuen «2 Phasen» Beurteilungsbogens für die Führungsseminare 1 + 2)	Erfolgreich eingeführt. Erfolgt.
Ergebnisorientierte Promotion des Insights	2.05.18 (neu)	Implementieren des Instrumentes bei den Anstellungsbehörden für den Einsatz bei Re- / Umstrukturierungen und Rekrutierungen «Upgrade» des bestehenden Systems	Erfolgt. Erfolgt.

Programmpunkt Nr. 2.06

Gleichstellung von Frau und Mann

Übersicht : Sicherung des Erreichten und erneute Schwerpunktsetzung

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Erreichen eines Spitzenplatzes bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann	2.06.01	Evaluation der Schwerpunkte des Regierungsprogramms 1999 - 2003 und Entwicklung neuer Massnahmen	Eine externe Evaluation der Gleichstellungsarbeit in den Bereichen Bekämpfung der häuslichen Gewalt, Bildung und Berufsbildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie weist eine gute Zielerreichung vor allem derjenigen Massnahmen aus, die von der Fachstelle für Gleichstellung (FfG) eng begleitet wurden.
	2.06.02	Erhöhung des Frauenanteils in allen (insb. leitenden) Funktionen und Kommissionen – Transfer der Ergebnisse des Projekts «Schaffung zusätzlicher qualifizierter Teilzeitstellen für beide Geschlechter» – Unterstützung von Kandidatinnen der LR- und RR-Wahlen 2003, Sensibilisierung der Wählerschaft	Die Datenlage ermöglichte bis anhin keine zuverlässigen Aussagen über die Langzeitentwicklung. Alle Direktionen sind bis auf Dienststellenleitungsebene informiert über konkrete Formen und Instrumente zur Schaffung von Teilzeitstellen in Kaderfunktionen. Die Erfahrungen im Umgang mit qualifizierter Teilzeit wurden erhoben und werden derzeit ausgewertet.
Aus- und Weiterbildung	2.06.03	Nachhaltige Unterstützung der geschlechtergerechten Integrationsbildung von Migrantinnen und Migranten	Ein Lehrmittel zur Bildungsmotivation steht vor der Drucklegung.
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Frauen	2.06.04	Öffentlichkeitswirksame Auswertung und nachhaltige Verankerung der Projektergebnisse von 16+ sowie Lehrstellenbeschluss 2 (Lehrstellenförderung) und Begleitung der weiterlaufenden Projekte	An einer Tagung unter Bildungsverantwortlichen wurden die Ergebnisse breit diskutiert. Verankert wurde der Chancengleichheitsauftrag im Leitbild des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung.
Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle	2.06.06	Gleichstellungsfördernde Umsetzung des Wirtschaftsimpulsprogramms «Familie und Beruf» und eines Gesamtkonzepts für die familienergänzende Kinderbetreuung (vgl. VSD 3.03.04 und EKD 6.01.05)	Begleitmassnahmen sehen gleichstellungsfördernde Angebote für Mütter, Wiedereinsteigerinnen und Väter sowie für Unternehmen vor. Ein Gesamtkonzept der Fachstelle für Familienfragen liegt im Entwurf vor.
Gleichstellungsgesetz und Schutz der sexuellen Integrität	2.06.11	Sensibilisierung und Schulung von Vertrauenspersonen, Führungskräften und Schulen	Die FfG führte für Führungs- und Vertrauenspersonen sowie für externe Personalverantwortliche, Betriebe und Schulleitungen 12 gleichstellungsrelevante Weiterbildungen durch.
Einführung der Gleichstellungsperspektive (Gender Mainstreaming) in ausgewählten Bereichen	2.06.12 (neu)	Sensibilisierung für Gender Mainstreaming (Gleichstellungsperspektive in allen Prozessen), Schulung und probeweise Übernahme eines Gleichstellungscontrollings im Personalbereich und im Submissionswesen.	Wurde zu Gunsten der Evaluation (2.06.01) zurückgestellt.

Programmpunkt Nr. 2.07	Informatik
Übersicht Die Informatik wird zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit in der gesamten Kantonsverwaltung zweckmässig ausgebaut.	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Laufende Anpassung des Dienstleistungsangebots des Zentralen Informatikdienstes an die Bedürfnisse der Verwaltung	2.07.03	Erweiterte Dienstleistungsangebote des ZID an Gemeinden und verwaltungsnahe Betriebe, insbesondere im Bereich E-Mail und Internet.	Die Dienstleistungsangebote werden den Bedürfnissen laufend angepasst. So wurden beispielsweise viele Anschlüsse der Gemeinden an das Kantonsnetz verstärkt. Dieser Bedarf ist auf die zunehmende Nutzung von Email und Internet sowie der neu zur Verfügung stehenden GIS –Daten zurückzuführen.
	2.07.04	Die Realisierung des neuen multimediatauglichen Kantonsnetzes erfolgt bis Ende 2003.	Die Realisierung ist abgeschlossen.
		LRV 2001/150; Verpflichtungskredit LRB 1208/2001; Total (Konto 2100 506.50.004) Fr. 4'691'000 Per Ende 2001 verbraucht: Fr. 12'589'000 Budget 2002: Fr. 1'600'000 Budget 2003: Fr. 3'000'000	
	2.07.05	Bevorzugter Einsatz der Internettechnik und Erweiterung des Internetangebots. <i>Der Schwerpunkt im Bereich E-Government ist der Ausbau des Angebots nach Lebenslagen (-> Mitwirkung im Projekt Guichet virtuel des Bundes). Dabei steht die Ebene Information und Kommunikation im Vordergrund, die wirtschaftlich das grösste Kosten/Nutzen Potential aufweist. Weiter wird im Transaktionsbereich mit den Ausländerbewilligungen (KIGA) ein so genannter Archetype als Pilotprozess realisiert, der als Normprozess für mögliche weitere Anwendungen (ab 2003) dient.</i>	Das KIGA-Projekt konnte äusserst erfolgreich abgeschlossen werden, beim Guichet virtuel handelt es sich um ein mehrjähriges Projekt. siehe www.auslaederbewilligung.ch
	2.07.06 (neu)	Beginn der Ablösung des heutigen PC und Server Betriebssystems auf die Nachfolgeversion.	Die Einführung des Windows XP ist erfolgreich angelaufen.

Programmpunkt Nr. 2.08	Sozialhilfe
<i>Übersicht</i> Die Sozialhilfestatistik gewinnt zunehmend an Wichtigkeit, lässt Ursachen der Sozialhilfeabhängigkeit erkennen und dient auch gleichzeitig als Führungsinstrument für das Sozialamt und die Gemeinden. Die im neuen Sozialhilfegesetz auf Zeit verankerte neue Aufgabe bedarf einer eingehenden Prüfung mit Ergebnisanalyse. Die Inter-institutionelle Zusammenarbeit hat zum Ziel, die Kooperation untereinander zu vereinfachen.	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Verbesserte Transparenz für präventive Massnahmen im Sozialbereich	2.08.03	Langfristiger Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Bund, welcher derzeit eine schweizerische Sozialhilfestatistik aufbaut.	Mit der Einführung der neuen EDV-Lösung im Sozialamt wird derzeit eine Schnittstelle mit dem Bund getestet.
	2.08.08	Verfeinerung der Sozialhilfestatistik. Auswertung und Publikation von statistischen Daten und Zahlen 2002 über die Entwicklung auf dem Gebiet der Sozialhilfe.	Die Einführung eines neuen EDV-Systems sowie das Abgleichen und Einbinden neuer Datenbestände führten zu einer etwas verzögerten Veröffentlichung der Sozialhilfestatistik. Gleichzeitig beinhaltet sie aber auch zusätzliche Informationen. Eine weitere Verfeinerung der Datenstruktur ist auch für die Zukunft geplant.
Evaluation über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen umsetzen	2.08.10	Praktische Umsetzung der neuen Komponente «Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen» und Überprüfung der Wirksamkeit gemäss Auftrag von § 52 Sozialhilfegesetz	Die Administration und Kommunikation zwischen dem Kanton und den Gemeinden funktioniert gut. Die Gesuche werden innert Tagen geprüft und abschliessend bearbeitet. Die Auszahlung der Gemeindeanteile erfolgt quartalsweise gegen Rechnung. Die Wirksamkeitsprüfung wird in einem ausführlichen Bericht per Ende 2003 zusammengefasst.
Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)	2.08.11 (neu)	Erarbeitung möglicher Massnahmen zur verbesserten Kooperation / Koordination mit Vertretern von KIGA, IV, Berufsberatung und Sozialamt	Im Berichtsjahr hat sich die Arbeitsgruppe "Koordinationsstelle IIZ" im Wesentlichen mit datenschutzrechtlichen Problemen auseinandergesetzt. Zu Beginn des Jahres 2004 werden die ersten Pilotversuche in den Gemeinden Binningen, Oberwil und Tecknau gestartet.

Programmpunkt Nr. 2.09	Luftverkehr
<i>Übersicht</i> Die Entwicklung des Landesflughafens «EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg» soll entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts und Lebensraums Nordwestschweiz resp. Oberrhein gefördert werden.	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Ausbau des Flughafens entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts	2.09.01	Umsetzung der vom Volk beschlossenen Mitfinanzierung des Ausbaus und Vollzug der damit verbundenen Auflagen	Die beiden Kanton Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben eine dritte Tranche von 4.47 Millionen Franken ausbezahlt, nachdem die anteilmässige Erfüllung der Auflagen geprüft worden ist.
Unterstützung bei der Wahrnehmung und Umsetzung berechtigter Umweltanliegen	2.09.02	Entsprechende Mitwirkung der Delegierten des Kantons Basel-Landschaft, insbesondere Vertretung der vom Landrat beschlossenen Auflagen im Verwaltungsrat des Flughafens	Seit dem 1. 1. 2003 gelten schadstoffabhängige Landegebühren. Zudem wurde im September ein Ministerialerlass unterzeichnet, welcher die Sanktionierung von Verfehlungen gegen das Betriebsreglement erlaubt.

Programmpunkt Nr. 2.10	Gesetzgebung
<i>Übersicht</i> Die lückenhaften Regelungen über das Zusammenwirken von Gemeinden sind im Rahmen einer Revision des Gemeindegesetzes zu vervollständigen.	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Aktualisierung der Gesetzgebung betr. Kantonalbank	2.10.10	Vorlage an den Landrat im 1. Quartal 2003	Erledigt mit LRV 2003 / 228.
Regelungen über das Zusammenwirken von Gemeinden	2.10.13 (neu)	Teilrevision des Gemeindegesetzes; Vorlage an den Landrat im 3. Quartal 2003	Erledigt mit LRV 2003 / 084.

Programmpunkt Nr. 2.11	Wirkungsorientierte Verwaltungsführung
<i>Übersicht</i> Koordination der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV). Erarbeitung von Richtlinien und Ergänzung des Instrumentariums.	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Schaffen der Grundlagen für die Umsetzung des Gesamtprojekts «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung»	2.11.01	Schrittweise Umsetzung der von der neuen Projektleitung WoV ausgearbeiteten und vom Regierungsrat genehmigten Strategie in Zusammenarbeit mit dem WoV-Ausschuss FIK-GPK.	WoV wird in Zusammenarbeit mit der neuen landrätlichen Spezialkommission "Parlament und Verwaltung" weiterbearbeitet.

		(LRB 2000 / 075 betr. Wirkungsorientierte Verwaltungsführung: Der WoV-Ausschuss FIK-GPK wird als parlamentarischer Ansprechpartner für die WoV-Projektleitung bestimmt).	Parlamentarischer Ansprechpartner für die WoV-Projektleitung ist neu die landrätliche Spezialkommission "Parlament und Verwaltung".
--	--	--	---

Programmpunkt Nr. 2.12	Subventionswesen
<i>Übersicht</i> Einführung und Anwendung einer dezentralen Datenbank für Subventionen	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Sicherstellung eines wirkungsorientierten Subventionscontrollings	2.12.03	Ein erster Subventionsbericht soll bis Mitte 2003 vorliegen.	Aufgrund anderer Prioritäten konnte der Bericht nicht erstellt werden. Ein Prototyp der Datenbank ist realisiert. Ein erster Subventionsbericht soll Ende 2004 vorliegen.
		Grundlage: Schlussbericht der Arbeitsgruppe Subventionswesen (GPK/FIK) über das kantonale Subventions- und Beitragswesen vom 1. März 2001	

Programmpunkt Nr. 2.14	Familienfragen
<i>Übersicht</i> Neu wird eine Koordinationsstelle für Familienfragen eingerichtet mit dem Ziel, eine moderne Familienpolitik im Kanton umzusetzen.	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Einrichten einer Koordinations- und Anlaufstelle für Familienfragen	2.14.01 (neu)	Schaffung einer Anlauf- und Auskunftsstelle und Bewirtschaftung für Parlament, Regierung, öffentliche und private Stellen	Die Fachstelle für Familienfragen hat ihre Arbeit im Februar 2003 aufgenommen. Das Gesamtkonzept "Familienfragen Basel-Landschaft" liegt vor und befindet sich intern im Vernehmlassungsverfahren. Das Konzept für die Administration und den Aufbau der Fachdokumentation wurde erstellt und umgesetzt.